

Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim

Arbeitsgruppe Wohnen

Arbeitsgruppentreffen am 19.11.2012, 19.00-21.00 Uhr im Hans-Schuster-Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Kurze Vorstellung des Teilhabeplanungsprojekts
3. Wer sollte noch in der Arbeitsgruppe mitmachen?
4. Was ist als gute Praxis festzuhalten? Welche Fragen müssen beantwortet bzw. welche Probleme müssen in Bezug auf die Teilhabe gelöst werden? Welche Maßnahmen können die Teilhabe verbessern?
5. „Hausaufgabe für die nächste Sitzung“
6. Nächster Sitzungstermin

Teilnehmer/-innen:

Auerhammer, Petra; Anthojo Rosenheim ambulant betreutes Wohnen
Bachmaier, Johannes; Privatperson
John, Michael; BASIS-Institut
Maier, Barbara; Behindertenbeauftragte Stephanskirchen
Mayer, Christine; Behindertenbeauftragte der Stadt Rosenheim
Pfiffer, Dieter; KJSW Lebenshilfe
Reißner, Manfred; ESH Stiftung
Voss, Klaus; Diakonisches Werk Soziale Dienste
Weigert, Thomas; Privatperson

Begrüßung

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts Bamberg, begrüßt die Teilnehmenden und stellt sich kurz vor. Anschließend bittet er darum, dass sich jeder Teilnehmende kurz mit Namen und soweit zutreffend mit Organisationszugehörigkeit vorstellt.

Kurze Vorstellung des Teilhabeplanungsprojekts

Mit der Begleitung des Teilhabeprojektes ist von der Stadt Rosenheim und vom Landkreis Rosenheim das BASIS-Institut in Bamberg beauftragt worden. Ziel des Projektes ist es nach ca. 12 Monaten sowohl für die Stadt Rosenheim als auch für den Landkreis Rosenheim je einen Teilhabeplan erarbeitet zu haben, der den Stand der Teilhabe für Menschen mit Behinderung beschreibt und angibt, wie die Teilhabe kurz- bzw. mittelfristig weiter entwickelt werden soll. Für die Stadt Rosenheim wird der Entwurf des Teilhabeplans von Herrn John vom BASIS-Institut ausgearbeitet und für den Landkreis von Herrn Laupheimer, dem Sozialplaner des Landkreises Rosenheim. Am Schluss

des Planungsprozesses werden die Teilhabepläne zur Beschlussfassung dem Rosenheimer Stadtrat bzw. dem Kreistag des Landkreises Rosenheim vorgelegt.

Der Planungsprozess wurde im zweiten Quartal 2012 damit begonnen, dass eine Steuerungsgruppe für die Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim und eine Steuerungsgruppe für den Landkreis Rosenheim gegründet wurde. In den Steuerungsgruppen wirken Vertreter der Politik, der Ämter, die Behindertenbeauftragten, Vertreter der Sozialverbände und des Bezirks sowie z.T. Vertreter von Behindertenorganisationen mit. Zu einer Teilhabekonferenz im Juli 2012 für die Stadt Rosenheim und im Oktober 2012 für den Landkreis wurden alle Bürger mit und ohne Behinderung eingeladen. Parallel wurden vom Statistischen Landesamt und vom Bezirk Oberbayern Daten zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung angefragt. Inzwischen liegen umfassende Daten vor. Insbesondere der Bezirk Oberbayern hat dabei Daten in einer Differenziertheit vorgelegt, die weit über das hinausgeht, was an Datenaufbereitungen in bayerischen Bezirken üblich ist. Durch die zur Verfügung gestellten Daten konnte erstmals ein konkreter Blick auf die aus der Stadt bzw. dem Landkreis stammenden Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe des Bezirks beziehen, und auf die Maßnahmen geworfen werden. Es wurden auch mit 15 benannten Experten qualitative Interviews zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Stadt und Landkreis geführt. Anfang 2013 soll dann mit einer schriftlichen Befragung die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung weiter beleuchtet werden. Zur Vertiefung der Diskussion wurden inzwischen acht Arbeitsgruppen gebildet, in denen zentrale Themen der Teilhabe diskutiert werden. In der Stadt Rosenheim und im Landkreis wurden je fünf Arbeitsgruppen eingesetzt. Zwei Arbeitsgruppen werden gemeinsam von Stadt und Landkreis Rosenheim betrieben. Die Arbeitsgruppen sollen sich ca. dreimal treffen, um die Situation themenspezifisch zu analysieren und Handlungsvorschläge zu formulieren. In der jeweils letzten Arbeitsgruppensitzung wird ein ausgearbeiteter Textabschnitt als Entwurf für den Teilhabeplan mit den Ergebnissen vorgelegt. In abschließenden Teilhabekonferenzen wird dann der erarbeitete Teilhabeplan vorgestellt und letztmalig Gelegenheit zur Kritik bzw. Ergänzung gegeben.

Wer sollte noch in der Arbeitsgruppe mitmachen?

Bedauert wird, dass kein Stadtrat und kein Vertreter des städt. Wohnungsunternehmens oder anderer Wohnungsunternehmen anwesend ist. Für die nächste Sitzung sollen daher noch gezielt Vertreter dieser beiden wichtigen Gruppen eingeladen werden. Auch wird angeregt, den Anteil von Menschen mit Behinderung in der Gesprächsrunde dadurch zu erhöhen, dass jeder Teilnehmende der aktuellen Gesprächsrunde versucht, einen Menschen mit Behinderung zur nächsten Sitzung einzuladen.

Was ist als gute Praxis festzuhalten? Welche Fragen müssen beantwortet bzw. welche Probleme müssen in Bezug auf die Teilhabe gelöst werden? Welche Maßnahmen können die Teilhabe verbessern?

Herr John verweist auf die Dokumentation der Teilhabekonferenzen der Stadt Rosenheim. Dort findet sich bereits eine Sammlung von Stärken, offenen Fragen und Handlungsvorschlägen. Die Dokumentation ist in Gänze auf den Internetseiten der Stadt abrufbar. Auf der Grundlage eines

ausgeteilten Auszugs aus der Dokumentation wird in der Gesprächsrunde das dort gesammelte Material ergänzt und weiter diskutiert.

Als gute Praxis wird das Betreute Wohnen in der Schießstattstraße hervorgehoben. Auch würden viele Träger betreutes Wohnen oder Wohnunterstützung durch Assistenz anbieten. Auch in Kolbermoor im Landkreis gibt es eine behindertengerechte Wohnanlage mit ambulanter Betreuung, die sich bewährt hat. Neu gebaut wurde vor kurzem eine Wohnanlage in Prien, die 30 Menschen mit Behinderungen Wohnraum bietet.

In der Diskussion wird deutlich, dass ein genauer Überblick, wie der Bedarf in Bezug auf Wohnungen für Menschen mit Behinderungen aussieht und wie dieser momentan abgedeckt ist, nicht vorhanden ist. Listen bzgl. evtl. vorhandenen Bedarfs hat Herr Brummer von der Caritas geführt und bei einzelnen Akteuren liegen immer wieder sporadisch Bedarfsanmeldungen vor.

Ob für die Stadt Rosenheim ein Mietspiegel vorhanden oder geplant ist, ist in der Runde nicht bekannt. Herr John regt an, dass, sollte ein Mietspiegel für Rosenheim irgendwann erstellt werden, an die damit verbundenen Erhebungen auch die Frage nach der Barrierefreiheit bzw. Rollstuhlgerechtigkeit der Wohnungen geknüpft werden sollte. Ansonsten könnte die für Anfang nächsten Jahres anstehende Befragung von Menschen mit Behinderungen evtl. Beiträge zur Aufklärung der Bedarfsfrage leisten. Herr John berichtet, dass mehrere Teilhabebereiche in der Befragung angesprochen werden sollen. Er bietet an, die Seiten des Fragenbogenentwurfs, die das Wohnen betreffen, vorab zur Rückmeldung an die Arbeitsgruppenmitglieder zu versenden. Eventuelle Hinweise könnten dann noch eingearbeitet werden.

Generell ergibt sich lt. Erfahrung der Sozialverbände und Einrichtungen häufig die Situation, dass Menschen mit Behinderung nach dem Ausscheiden aus Hilfen keine Wohnung finden würden. Dies liege natürlich auch am angespannten Rosenheimer Wohnungsmarkt und dem damit verbundenen hohen Mietniveau, das sich Menschen mit Behinderung tlw. nicht leisten könnten.

Generell wird in der Gesprächsrunde die Frage aufgeworfen, welche Konzepte bzgl. der Wohnraumversorgung von Menschen mit besonderen Wohnbedürfnissen bei der Stadt vorhanden sind.

Frau Mayer berichtet, dass in einem neuen Wohnprojekt des städtischen Wohnungsunternehmens lediglich 9 von 100 Wohnungen rollstuhlgerecht umgesetzt werden würden. Allerdings hat sich das Wohnungsunternehmen bereit erklärt, bei Bedarf in Wohnungen Wände zu verlegen, um im Sanitärbereich rollstuhlgerechte Platzverhältnisse zu schaffen.

Herr Bachmaier berichtet von seinen positiven Erfahrungen bzgl. des Wohnens in der Schießstattstraße sowie mit dem persönlichen Budget. Er könne durch das persönliche Budget für den Bereich der Freizeitgestaltung Betreuungspersonen auswählen und bezahlen. Für die Aushandlung und die Abwicklung eines persönlichen Budgets gibt es aber keine „Budgetassistenz“. Daher würden aktuell viele Behinderte, die sich ein persönliches Budget vorstellen können und wünschen, an den Herausforderungen der Beantragung/Abwicklung scheitern. Lt. Auskunft der Diskussionsteilnehmer habe die Beantragung eines persönlichen Budgets im Wohnprojekt Prien ca. 40 Stunden Unterstützung je Bewohner erfordert.

Diskutiert wird auch über die soziale Einbindung rund um das Wohnen. Klar wird anhand der genannten positiven Wohnbeispiele, dass dann, wenn kleine Wohneinheiten im Quartier etabliert

werden, automatisch eine umfassendere Diskussion um die soziale Einbindung im Quartier in Gang kommt. Generell ist die Dezentralisierung und Regionalisierung ein Trend, dem sich auch große Einrichtungen immer mehr anschließen.

„Hausaufgabe für die nächste Sitzung“

Herr John bittet die Gesprächsteilnehmer zur Vorbereitung der nächsten Sitzung einen Artikel von Budde/Fruchtel durchzulesen, der sich mit der Sozialraumorientierung in Bezug auf Menschen mit Behinderung befasst:

Der Artikel kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

sozialwesen.fh-potsdam.de/fileadmin/FB1/user/fb1Fruechtel/Dateien/Buerger_statt_Menschen_mit_Behinderung.pdf

Nächster Sitzungstermin

Eine nächste Sitzung der Arbeitsgruppe soll zwischen Mitte und Ende Januar stattfinden. Im Nachlauf der Sitzung konnten die verschiedenen Arbeitsgruppentermine bereits festgelegt werden. Die Arbeitsgruppe Wohnen der Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim trifft sich wieder am Montag, 14.01.2013 um 19.00 Uhr im Schüler- und Studentenzentrum Rosenheim.

Für das Protokoll

Michael John